

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 28. und 29.04.2022

Zur 10. Sitzungsperiode des Landtages standen 25 Themen auf der Tagesordnung, über die am 28. und 29. April debattiert und abgestimmt wurde.

## #Inflation

### Preistreiberei beenden

Die bislang durch die Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen gegen die wachsenden Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise haben sich als unzureichend bzw. sogar kontraproduktiv erwiesen. Sie subventionieren die Preistreibereien der Konzerne, anstatt ihnen einen wettbewerbsrechtlichen Riegel vorzuschieben. Mit Blick auf die seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs stetig wachsenden Profite der Mineralölkonzerne und Versorgungsunternehmen besteht hier dringender Handlungsbedarf. Während Arbeitnehmer\*innen, Mieter\*innen, Studierende, Rentner\*innen, Familien und Gewerbetreibende unter den Preistreibereien leiden, fahren allein die Mineralölkonzerne pro Tag über 100 Millionen Euro Extragewinne ein. Die Abschöpfung dieser Gewinne ist im Interesse des Allgemeinwohls ist die Auffassung der Linksfraktion. Extra-Profite müssen abgegeben werden und künftig verhindert werden. Notfalls müssen Konzerne verstaatlicht werden. Dazu hat die Linksfraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht und fordert darin die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Schnellstmögliche Ausweitung der Befugnisse des Bundeskartellamtes zur wirksamen Überprüfung aller Wertschöpfungsketten in der Strom-, Gas- und Mineralölwirtschaft, einschließlich der Raffinerien und Tankstellen;
2. Erlass von Rechtsverordnungen zur Regelung von Transport, Lagerung, Verteilung und auch Abgabe von Energieträgern sowie Festlegung von Höchstpreisen und Unterbindung von Dumpingpreisen von Energien festlegen;
3. Aufnahme eines gesetzlichen Verbots von Stromsperren in das Energiesicherheitsgesetz;
4. Abschöpfung bislang aufgelaufener Gewinne durch eine ergänzende Körperschaftsteuer;
5. Ergänzende gesetzliche Voraussetzungen für ggf. notwendige treuhänderische Verwaltung von Unternehmen, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten.

Die für *Energie und Verbraucherschutz* zuständige Abgeordnete **Kerstin Eisenreich** sagte zum Abschluss ihrer Einbringungsrede: „Die Regierungen müssen sich fragen: Vertreten sie mit ihrer Politik tatsächlich die Interessen der Menschen oder doch die der Konzerne? Haben sie den Mut, mit scharfen Regeln und allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln endlich gegen die Profitgier vorzugehen und die Verbraucher\*innen zu entlasten sowie die Versorgungssicherheit zu garantieren? Oder knickt man vor den Interessen einzelner Konzerne wieder ein und trägt das Mantra vor sich her, dass der Markt dies reguliere?“

Der Antrag wurde abgelehnt.

## #Mobilität

### Attraktiverer ÖPNV

Im Mittelpunkt der Gesamtstrategie des Landes zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNVs stünden sowohl Angebotsausweitungen als auch die Verbesserung der Qualität. Erschwingliche Tarife seien ein weiterer flankierender Baustein, so die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Auf Basis eines Antrags sollen die Einführung des Azubi-Tickets evaluiert und zwei Modellprojekte (je eines für den städtischen und ländlichen Raum) für die Erprobung eines Jahrestickets für 365 Euro (Nutzeranteil) entwickelt werden.

Der *verkehrspolitische Sprecher der Fraktion **Guido Henke*** kritisierte den Antrag namens der Linksfraktion, die daher auch einen eigenen Alternativantrag vorlegte. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, landesweit Modellprojekte für die Erprobung eines Jahrestickets für 365 € (Nutzer\*innenanteil) zu entwickeln. Dazu sollten auch die Erfahrungen des Azubi-Tickets aufgegriffen werden. Als schwerwiegenden Fehler sieht DIE LINKE, dass bisher keine finanziellen Vorkehrungen im Haushalt für Modellprojekte geschaffen wurden und fordert diese daher ab 2023. Nur so könnten die notwendigen Investitionen in Personal und Infrastruktur geschaffen werden.

Außerdem gebe es im Land bereits Erfahrungen mit Kommunen (z. B. Halberstadt), die erschwingliche Tickets anbieten. Diese Erfahrungen genauso wie Nutzung und Bedarfe im ÖPNV müssten evaluiert und daraufhin eine Landesstrategie zur nachhaltigen Mobilität erarbeitet werden, unter besonderer Berücksichtigung der Stärkung des ÖPNV.

## **#Fähren**

### **Koalitionsfraktionen lassen landesbedeutsame Fähren hängen**

Im Oktober 2021 hatte die Fraktion DIE LINKE erneut einen Gesetzentwurf zur finanziellen Unterstützung der Fähren im Land vorgelegt. Fähren werden derzeit nahezu ausschließlich von den Gemeinden als freiwillige Aufgabe im Interesse des Landesverkehrswegeplanes betrieben. Die Betreiberkosten übersteigen die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen und sind zunehmend defizitär, z. B. aufgrund von Niedrigwasserphasen. Das ist betriebswirtschaftlich nicht mehr zu leisten. Andererseits tragen diese Fähren touristische und ökologische Vorteile. Im Ergebnis der Ausschussberatungen, in den alle Fraktion die Bedeutung der Fähren für das Land hervorhoben, wurde eine finanzielle Beteiligung jedoch mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Der für den Landkreis Stendal zuständige Abgeordnete **Wulf Gallert** sagte in der Debatte: „Wir können heute wieder Zeuge werden, dass dieses zentrale Ziel [eine gesetzlich garantierte Zusicherung von Landesunterstützung – Anm. d. Verf.] von der Landesregierung genauso wie von den Koalitionsfraktionen definitiv abgelehnt wird. - So weit so klar und so weit so enttäuschend. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die Gründe für die Ablehnung wiederum ausgesprochen flexibel waren.“ Es könne doch nicht sein, dass [das Land] das Geld selber nicht zur Verfügung habe, wobei man wiederum von Gemeinden verlangt, dass sie im Interesse des Landes aus ihren Kommunalhaushalten Dinge finanzieren, die wir aus unserem Landestopf nicht finanzieren könnten. Und er kritisierte, dass die Koalition mit ihrem Beschluss der Mobilität im ländlichen Raum einen Bärendienst erwiesen habe.

## **#Bildung**

### **Schnelle Umsetzung des Landesschulbauprogramms**

Im aktuellen Haushaltsplanentwurf ist ab dem Jahr 2023 ein Landesschulbauprogramm vorgesehen. Dies trägt dem enormen Investitionsstau Rechnung. Deshalb beantragte die Fraktion DIE LINKE, dass der tatsächliche Investitionsbedarf für die Schulgebäude der kommunalen Schulträger schnellstmöglich ermittelt und der Entwurf einer Richtlinie zur Umsetzung des Landesschulbauprogramms vorgelegt werde. Außerdem schlagen wir vor, einen Vergabebeirat einzurichten.

Der *bildungspolitische Sprecher **Thomas Lippmann*** führte dazu aus: „Es gibt sie also auch nach mehr als 30 Jahren noch – gänzlich unsanierte Schulen. Und das, obwohl in diesen 30 Jahren schon fast 1.000 Schulen geschlossen wurden. Von den ehemals 1.731 öffentlichen Schulen existieren heute nur noch 761 und die Zeit der Schulschließungen ist noch nicht vorbei. Also sollten die Kommunen doch zumindest jetzt in die Lage sein, den verbliebenen und weitgehend sanierten Gebäudebestand aus eigener Kraft zu erhalten und weiter zu modernisieren. Doch der Investitionsbedarf wächst natürlich erneut an, weil viele Sanierungen nun schon wieder 20 Jahre oder länger zurückliegen. Schulgebäude werden ja intensiv genutzt, vor allem wenn sie durch steigende Schülerzahlen aus allen Nähten platzen.“

Investitionen in die Schulgebäude bleiben also eine Daueraufgabe. Damit bleibt aber auch der Sanierungsstau, denn die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen besteht ja fort. Bisher wurden die Kommunen allein gelassen, wenn es kein aktuelles Förderprogramm gab, oder wenn die Förderung nicht passte oder wenn das Programm weit überzeichnet war und viele Antragsteller keine Chance hatten. Nun ist aber offenbar keine weitere Schulbauförderung mit EU-Geldern oder aus dem Bundeshaushalt in Sicht. Deshalb hat die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf 2022 durch die Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen ein Landesschulbauprogramm ins Gespräch gebracht. Ab dem kommenden Haushaltsjahr sollen da jährlich 21 Mio. Euro zur Verfügung stehen.“

Falsch sei es immer noch, den Kommunen nicht deutlich mehr Finanzmittel über das FAG in ihre Grundfinanzierung zu geben und dafür im Gegenzug das Förderwesen deutlich einzudämmen. Und da reden wir nicht über 100 Mio. Euro, sondern über ein Vielfaches davon. Zur Klärung der noch reichlich vorhandenen Fragen dient der eingebrachte Antrag.

Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

**+ + kurz berichtet + + kurz berichtet + + kurz berichtet +**

### **Neuer Service im Plenarsaal**

Besucherinnen und Besuchern sowie Journalistinnen und Journalisten können seit letzter Woche während der Plenarsitzungen ab sofort einen zusätzlichen Service genießen. Auf zwei Großbildschirme an der Besucher- und Presstribüne kann der Livestream der Landtagssitzung mit Gebärdensprachdolmetschung, den aktuellen Rednern und dem Titel des aktuellen Tagesordnungspunkts verfolgt werden. Damit lässt sich das Geschehen im Landtag leichter verfolgen, insbesondere für Besucher\*innen mit Beeinträchtigungen des Gehörs.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 2. Mai 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im April 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de). Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.